



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Rezolucja zgromadzenia sług państwowych w Wiedniu w sprawie nowej pragmatyki służbowej - Wiedeń, 09.05.1912 r.

Liczba stron oryginału

1

Liczba plików skanów

2

Liczba plików publikacji

2

Sygnatura/numer zespołu

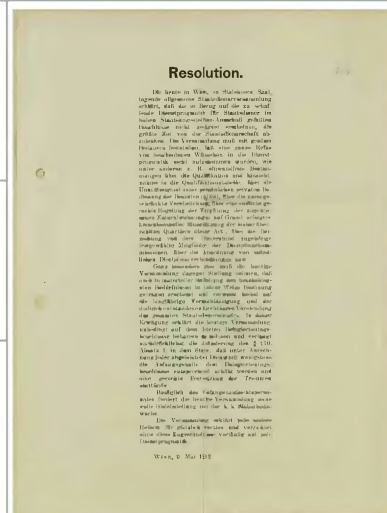
TR 070.006

Data wydania oryginału

1912

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Digitalizacja

Resolution.

70.6.

Die heute in Wien, in Stalehners Saal, tagende allgemeine Staatsdienerversammlung erklärt, daß die in Bezug auf die zu schaffende Dienstpragmatik für Staatsdiener im hohen Staatsangestellten-Ausschuß gefaßten Beschlüsse nicht geeignet erscheinen, die größte Not von der Staatsdienerschaft abzulenken. Die Versammlung muß mit großem Bedauern feststellen, daß eine ganze Reihe von bescheidenen Wünschen in die Dienstpragmatik nicht aufgenommen wurden, wie unter anderen z. B. einwandfreie Bestimmungen über die Qualifikation und Einsichtnahme in die Qualifikationstabelle, über die Unzulässigkeit einer persönlichen privaten Bedienung der Beamten (§198), über die uneingeschränkte Verehelichung, über eine endliche gerechte Regelung der Vergütung der zugewiesenen Naturalwohnungen auf Grund erfolgter kommissioneller Einschätzung der bisher überzahlten Quartiere dieser Art; über die Beziehung von dem Diensterstand angehörige freigewählte Mitglieder der Disziplinarkommissionen, über die Anordnung von mündlichen Disziplinarverhandlungen usw.

Ganz besonders aber muß die heutige Versammlung dagegen Stellung nehmen, daß auch in materieller Beziehung den bescheidensten Bedürfnissen in keiner Weise Rechnung getragen erscheint und verweist hiebei auf die langjährige Vernachlässigung und der dadurch entstandenen furchtbaren Verelendung des gesamten Staatsdienerstandes. In dieser Erwägung erklärt die heutige Versammlung, unbedingt auf dem letzten Delegiertentagsbeschlüsse beharren zu müssen und verlangt nachdrücklichst die Abänderung des § 210, Absatz 1, in dem Sinne, daß unter Anrechnung jeder abgeleisteten Dienstzeit wenigstens die Anfangsgehälter dem Delegiertentagsbeschlüsse entsprechend erhöht werden und eine gerechte Festsetzung der Triennien stattfinden.

Bezüglich des Gefangenaufsichtspersonales fordert die heutige Versammlung seine volle Gleichstellung mit der k. k. Sicherheitswache.

Die Versammlung erklärt jede andere Reform für gänzlich wertlos und verzichtet ohne diese Zugeständnisse vorläufig auf jede Dienstpragmatik.

Wien, 9. Mai 1912.